

Equal Pay Day: Bündnis kämpft für Lohngerechtigkeit

Berlin (DPA) Um fast fünf Euro liegt der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen unter dem der Männer. Für die SPD eine "himmelschreiende Ungerechtigkeit". Die Arbeitgeber rechnen allerdings anders.

Frauen verdienen nach wie vor deutlich weniger als Männer - ein breites Bündnis will dagegen protestieren. Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Sozialverbände rufen für diesen Freitag zu einer Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin auf, um gerechte Gehälter für Frauen in Deutschland einzufordern. Auch Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) wird erwartet. Bundesweit sind zahlreiche weitere Aktionen geplant. Das Datum markiert den Initiatoren zufolge den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen im Vergleich zu Männern statistisch gesehen umsonst arbeiten.

Mit 15,83 Euro pro Stunde lag der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Frauen im vergangenen Jahr um fast fünf Euro unter dem von Männern (20,20 Euro). Sie verdienten demnach gut ein Fünftel (22 Prozent) weniger.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi bezeichnete die Lücke am Donnerstag als "himmelschreiende Ungerechtigkeit". Damit gehöre Deutschland zu den absoluten Schlusslichtern im EU-Vergleich, erklärte sie.

Ihre Parteikollegin Schwesig warb erneut für ihr geplantes Gesetz zur Lohngleichheit von Männern und Frauen. Eine moderne Wirtschaft brauche die gleichberechtigte Teilhabe, erklärte sie. Frauen müssten darauf vertrauen können, dass sie fair bezahlt werden. Schwesig will noch in diesem Jahr ein "Gesetz zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern" auf den Weg bringen. Einen Entwurf gibt es noch nicht.

Union und SPD hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass die bestehende Lücke überwunden werden müsse. Ein Ziel sei, dass jeder Mitarbeiter das Recht hat, das Durchschnittsgehalt seiner Kollegen mit vergleichbarer Tätigkeit zu erfragen.

Die Fraktion der Linken fordert hingegen ein Gesetz, das über die reinen Auskunftsrechte hinausgeht. In einem Antrag, der am Freitag im Bundestag beraten werden soll, macht sich die Fraktion unter anderem für verbesserte Klagemöglichkeiten stark. So sollen Verbände die Möglichkeit bekommen, im Namen von Betroffenen gegen Diskriminierung zu klagen. Auch die Grünen sprachen sich für eine solche Regelung aus. Die Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke machte sich zudem für eine Bewertung von Arbeit nach geschlechtsneutralen Kriterien stark.

Allerdings gibt es an der Berechnungsmethode, die den 22 Prozent zugrunde liegt, immer wieder Kritik. Würden etwa familienbedingte Auszeiten mit einberechnet, verschwinde die Lücke fast vollständig, betonte etwa der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Oliver Zander. Bei einer vergleichbaren Tätigkeit beträgt die Entgeltlücke laut einer Studie der Beratungsgesellschaft Kienbaum im Schnitt fünf Prozent.